Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 3592

Große Anfrage

der Fraktion der CDU/CSU

betr. Menschenraub durch den sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst in Westberlin.

In den Morgenstunden des 8. Juli 1952 ist in Berlin-Lichterfelde West (Amerikanischer Sektor) der Rechtsanwalt Dr. Walter Linse, Mitarbeiter des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen der Sowjetzone, auf offener Straße von Beauftragten des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes niedergeschlagen, in ein bereitstehendes Auto gezerrt und mit diesem Auto nach der Sowjetzone verschleppt worden. Die gesamten Umstände dieses Menschenraubes lassen darauf schließen, daß die Verschleppung des Rechtsanwaltes Dr. Linse von langer Hand vorbereitet war. Das für die Verschleppung benutzte Auto legte die 3 km lange Strecke bis zur Zonengrenze mit derart hoher Geschwindigkeit zurück, daß trotz Verfolgung durch Privatwagen und Polizei die Entführung nicht mehr verhindert werden konnte. Die Tatsache, daß der Schlagbaum an der Stelle, an der der Entführungswagen die Zonengrenze passierte, geöffnet war und daß keine Kontrolle durch die dort postierte Volkspolizei erfolgte, zeigt, daß die Entführung Dr. Linses im Auftrage und mit Wissen sowjetzonaler Behörden durchgeführt worden ist.

Wir fragen:

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die alsbaldige Freilassung Dr. Linses zu erwirken und die Wiederholung gleicher oder ähnlicher Fälle von Menschenraub aus Westberlin und der Bundesrepublik durch den sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst und andere sowjetzonale Stellen zu verhindern?

Die Bedrohung der Freiheit der deutschen Bürger in Westberlin und in der Bundesrepublik durch brutale Entführungen bedarf eines umfassenden Schutzes und umfangreicher Sicherungsmaßnahmen. Es ist unerträglich, daß immer wieder deutsche Menschen mit rücksichtsloser Gewalt verschleppt und den Terrormethoden eines sowjetischen Regimes überantwortet werden.

Bonn, den 9. Juli 1952

Dr. von Brentano und Fraktion